

Massenohnmacht in Textilfabrik

Mehr als 100 Arbeiter sind in einer Textilfabrik in der kambodschanischen Provinz Kampong Seu ohnmächtig geworden, nachdem die Kleidung mit einem Insektizid besprüht worden war. Das berichtete ein Vertreter der Gesundheitsbehörde der Provinz. Demnach mussten 144 Arbeiter aus der Anful Textilfabrik im Krankenhaus behandelt werden. Sie hatten zunächst über Schwindelgefühle und Kopfschmerzen geklagt, bevor sie einer nach dem anderen umgekippt seien, berichtete eine Textilarbeiterin, die ihren Namen nicht nennen wollte. »Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist nicht ernst. Sie hatten nur Atemschwierigkeiten und Schwindelgefühle. Die Stoffe waren mit Chemikalien besprüht worden, um Insektenfraß zu verhindern«, sagte der Direktor der Gesundheitsbehörde von Kampong Seu, Or Vanthen.

Gerüchte, nach denen mindestens zwei Arbeiter bei dem Vorfall ums Leben gekommen seien, hatten sich zunächst nicht bestätigt. Er habe seine Beamten angewiesen in diese Richtung zu ermitteln, es habe aber keine Anzeichen für Todesfälle gegeben, sagte der Polizeichef des Bezirkes Samrong Tong.

Nach Angaben der größten unabhängigen Gewerkschaft in Kambodscha, der Free Trade Union (FTUWKC), sind bei dem Unfall mehr als 1.000 Arbeiter zusammengebrochen. Zuvor habe die Fabrik den Abtransport von 20 Arbeitern verweigert, die bereits morgens gegen acht Uhr ohnmächtig geworden waren, sagte FTUWKC-Präsident Chea Mony.

Diese Behauptung sei eine maßlose Übertreibung, sagte hingegen Ken Loo, Generalsekretär der Vereinigung der Textilproduzenten in Kambodscha (GMAC). So viele Arbeiter seien in der Fabrik gar nicht beschäftigt, fügte er hinzu. Nach GMAC-Angaben beschäftigt die Fabrik 350 Arbeiter.

vgl.: www.phnompenhpost.com,
25.10.2011

Netze gegen Malaria

Das Gesundheitsministerium in Kambodscha hat mit einer Kampagne zur Ausrottung der Malaria bis 2025 begonnen. Dazu sollen in den kommenden Wochen insgesamt 2,7 Millionen Moskitonetze im ganzen Land verteilt werden.

»Es ist die größte Verteilaktion, die wir je gemacht haben«, sagte Gesundheitsminister Mom Bun Heng in Phnom Penh. »Wenn die Menschen die Netze richtig nutzen, dann werden wir uns im Jahr 2025 keine Sorgen um Malaria-Tote mehr machen müssen.«

Die erste Lieferung von 700.000 Netzen ist bereits in Kambodscha eingetroffen. Sie sollen im November und Dezember 2011 in 20 Provinzen verteilt werden, teilte das Gesundheitsministerium mit. Die Kosten für das Projekt betragen nach Angaben des Gesundheitsministers etwa 14,4 Millionen US-Dollar. Das Geld stammt aus einem 100 Millionen US-Dollar-Kredit der Organisation GlobalFund, der bereits 2009 bewilligt wurde. In den ersten neun Monaten des Jahres 2011 gab es nach offiziellen Zahlen fast 44.000 Malariainfektionen in Kambodscha. 64 Menschen starben an der

Krankheit. Die Zahl der Infektionen sei im Vergleich zum Vorjahr um fast 5.000 Fälle angestiegen, sagte der Direktor des kambodschanischen Malaria-Zentrums, Char Meng Chuor. Die tödlichen Krankheitsverläufe seien aber zurückgegangen. Für den Direktor liegt die größte Herausforderung in der Versorgung von Wanderarbeitern mit Moskitonetzen.

»Unsere Mitarbeiter werden Land- und Fabrikbesitzer ansprechen und um Auskunft bitten, wie viele Wanderarbeiter sie beschäftigen. Nach diesen Zahlen werden wir die Netze verteilen«, teilte das Malariazentrum mit.

Zuletzt hatte sich das Projekt um mehrere Monate verzögert. Es habe Probleme bei der Beschaffung einer so großen Menge von Moskitonetzen gegeben, sagte ein Mitarbeiter des Malariazentrums. Neben der Verteilung der Netze sei weitere Aufklärungs- und Informationsarbeit nötig, fügte der Mitarbeiter hinzu. Dazu brauche man auch die Unterstützung von NGOs und anderen Partnern.

vgl.: www.phnompenhpost.com, 26.10.2011

Gesetz zur Reissteuer soll Exporte ankurbeln

Mit einer Änderung bei der Reissteuer will das Finanzministerium in Kambodscha Produktion und Exporte des Getreides steigern. Seit Anfang Oktober 2011 gilt nach Angaben des Ministeriums eine Regelung, die Reisproduzenten und Reisprodukte für drei Jahre von einer einprozentigen Steuer befreit. Die Maßnahme soll helfen, das Ziel der Regierung zu erreichen, die bis 2015 die Exportquote für gemahlene Reis auf

eine Millionen Tonnen erhöhen will. Bei den Reisexporteurs des Landes traf die neue Regelung auf Zustimmung. Sie hatten immer wieder beklagt, dass ihre Produkte wegen der nationalen Reissteuern nicht konkurrenzfähig mit Erzeugnissen aus den Nachbarländern seien. In Thailand und Vietnam werden keine besonderen Steuern auf Reisprodukte erhoben.

vgl.: www.phnompenhpost.com,
24.10.2011

Keine Entscheidung nach UN-Besuch

Die Vereinten Nationen haben Kambodscha aufgefordert das Internationale Tribunal über die Verbrechen der Roten Khmer zu respektieren und sich nicht mehr in die Ermittlungen in zwei Fällen von Kriegsverbrechen – intern als Fall 003 und Fall 004 bekannt – einzumischen. »Ich fordere die Regierung nachdrücklich auf, von Stellungnahmen abzusehen, die die Ermittlungen zu den Fällen 003 und 004 behindern und sich aus der Arbeit des Internationalen Tribunals herauszuhalten«, teilte die Leiterin des Büros für juristische Angelegenheiten bei den Vereinten Nationen, Patricia O'Brien, am Ende ihres Besuchs in Phnom Penh in einer schriftlichen Stellungnahme mit.

Zuvor hatte sich O'Brien mit dem stellvertretenden kambodschanischen Ministerpräsidenten Sok An getroffen, um über die Arbeit des Tribunals zu sprechen. Dabei hatte sie erneut den Respekt aller Seiten vor der Unabhängigkeit des Gerichtes eingefordert.

Der Besuch von O'Brien erfolgte nachdem überraschenden Rücktritt des deutschen ermittelnden UN-Richters Siegfried Blunk Anfang Oktober 2011. Blunk hatte sich immer wieder über politische Einflussnahme bei den Fällen 003 und 004 beschwert, die seine Arbeit unmöglich machten. Immer wieder hatten hochrangige kambodschanische Politiker, darunter auch Pre-

mierminister Hun Sen, betont, in diesen beiden Fällen – in denen es um die Rolle von fünf ehemaligen Roten Khmer bei der Ermordung von mehreren 10.000 Menschen geht – würden keine Ermittlungen zugelassen.

Das Internationale Tribunal über die Verbrechen der Roten Khmer ist das umfangreichste internationale Gerichtsverfahren seit den Nürnberger Prozessen nach dem 2. Weltkrieg. 2010 hatte das Gericht in einem ersten Prozess den Sicherheitschef der Roten Khmer, Genosse Duch, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 30 Jahren Haft verurteilt. Ende November 2011 soll die Verhandlung zu Fall 002 beginnen. Darin will das Gericht über die Rollen und die Verantwortung der ehemaligen vier höchsten Führer der Roten Khmer – Pol Pot-Stellvertreter Nuon Chea, Ex-Präsident Khieu Samphan, Ex-Außenminister Ieng Sary und sein Frau und ehemalige Sozialministerin Ieng Thirith – urteilen. Die Anklage lautet auf Massenmord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dabei sollen mindestens 2,2 Millionen Menschen in den Jahren 1975-79 ums Leben gekommen sein. Die Angeklagten streiten die Vorwürfe ab und plädieren auf nichtschuldig.

vgl.: www.mw.nl, 21.10.2011

Keine Entsendung von Dienstmädchen

Nachdem sich die Berichte über sexuellen Missbrauch, sklavenähnliche Lebensbedingungen und sogar Todesfälle häuften, wird die kambodschanische Regierung keine weiteren Arbeitskräfte nach Malaysia schicken. Dies sagte der kambodschanische Premierminister Hun Sen. Zu dieser Entscheidung kam es, als der lokalen NGO *Cambodia's Community Legal Education Center* Berichte über Todesfälle kambodschanischer Mädchen in Malaysia zugetragen wurden und sie diese veröffent-

lichten. Viele Offizielle des Landes begrüßten die Entscheidung Hun Sens. Vor allem nachdem der Fall eines Mädchenhändlerrings bekannt geworden ist, der versucht hat 35 Mädchen nach Malaysia zuschleusen. Nicht zu letzt auf Grund diesem und anderer Fälle wurde die Entscheidung getroffen. Man geht davon aus, dass von den 200.000 im Ausland arbeitenden Mädchen rund ein Viertel schlimme Erfahrungen mit ihren Arbeitgebern gemacht haben.

vgl.: <http://www.rfa.org> 14.10.2011

17 Provinzen kämpfen gegen Hochwasser

Nach den schwersten Monsuniederschlägen seit Jahrzehnten kämpfen auch die Menschen in Kambodscha gegen Hochwasser und Überschwemmungen. Bisher sind mindestens 17 Provinzen von der Katastrophe betroffen. Mindestens 250 Menschen sind bisher ums Leben gekommen, teilten die Behörden in Kambodscha mit.

Nach Angaben von Hilfsorganisationen haben die Regenfälle Anfang Oktober 2011 nachgelassen. Das Wasser fließt aber wesentlich langsamer ab als erwartet. Damit steigt vor allem in den am schlimmsten betroffenen Gebieten am Tonle Sap See und entlang des Mekong die Seuchen- und Krankheitsgefahr.

Nach Angaben der kambodschanischen Regierung hat das Hochwasser mindestens 190.000 Hektar Ackerland zerstört. Dennoch gebe es genug Nahrungsmittel, eine Hungersnot müsse man nicht befürchten, hieß es in Phnom Penh. Internationale Organisationen haben Hilfsgüter in das Land gebracht und bemühen sich vor allem um den Zugang von Betroffenen zu Trinkwasser und medizinischer Versorgung.

vgl.: www.abc.net.au, 19.10.2011